Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Abend-Ausgabe.

109. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure zweimalig ins Haus gebracht monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht: monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Preis der Einzelnummer 10 Pf. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. • Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Anzeigen aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.25 M., Kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf., b. Wiederhol. Rab., Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 60 Pf. Geschäftsanzeigen mit Plazvorschrift im Preis erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtauf. 7 M. das Tausend ausschl. Postgebühr. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. Berliner Redaktion: In den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Hansa Nr. 497.

Nr. 372. Sonnabend, den 24. Juli. 1915.

Die neue Note Wilsons

Die unerschütterte Isonzofront

Unser täglich Brot

* Was wir vor einigen Tagen bereits ankündigen konnten, ist eingetroffen: Der Bundesrat, der sich gestern in zwei langen Sitzungen mit allen Fragen der Lebensmittelversorgung beschäftigte, hat von einer Erhöhung der Preise für Brotgetreide abgesehen, die von der extrem agrarischen Presse ihm nahegelegt worden war. Und er hat gleichzeitig den von uns ebenfalls angekündigten Erlaß einer Verordnung beschlossen, die sich gegen übertriebene Preissteigerungen bei dem Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Nahrungs- und Genußmitteln aller Art, mit rohen Naturerzeugnissen, sowie mit Heiz- und Leuchtmitteln richtet und für die Erzeuger und Händler, die für alle diese Gegenstände, sowie für solche des Kriegsbedarfs Preise fordern, die einen übermäßigen, durch die gesamten Verhältnisse und die Marktlage nicht gerechtfertigten Gewinn enthalten, entsprechende Strafen vorsieht. Noch sind die Verordnungen in ihrem Wortlaut nicht bekannt, und man kann aus den kurzen, durch das Wolffsche Telegraphenbureau verbreiteten Notizen noch nicht ihre ganze Tragweite übersehen, namentlich bleibt unklar, was „die Verringerung der Zahl der gegenwärtigen 32 Höchstpreisbezirke auf 4 größere Preisgebiete unter gleichzeitiger Einschränkung der Preisspannung" zu bedeuten hat. Aber die Grundgedanken der Verordnungen, einmal trotz der erhöhten Erzeugungskosten und der vermehrten Schwierigkeiten des landwirtschaftlichen Betriebes in diesem Jahre in erster Linie auf eine möglichst wohlfeile Ernährung der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen und auf der anderen Seite diese Bevölkerung gegen unberechtigte Preistreibereien der Produzenten und Händler zu schützen, verdienen ohne weiteres Anerkennung.

Schon die Betonung, daß in diesem Jahre die landwirtschaftlichen Betriebskosten gestiegen sind, weist darauf hin, daß der Bundesrat sich die Beweisführung zu eigen gemacht hat, daß die deutsche Landwirtschaft an den bisher festgesetzten Höchstpreisen, die die früheren Preise um ein erhebliches überstiegen, obwohl die Betriebskosten im vergangenen Jahre eher geringer waren als in den Vorjahren, so reichlich verdient hat, daß sie in den kommenden Monaten ohne Erhöhung der Preise wohl auszukommen vermag. Hat doch selbst ein so weit rechts stehendes Blatt wie die Berliner freikonservative „Post" dieser Tage auf Grund der Erfahrungen des Kriegsjahres die Feststellung machen zu müssen geglaubt, daß die Landwirtschaft ihr leidliches und teilweise sogar gutes Auskommen unter der Herrschaft der heutigen Preise findet, und daß ihre Lage sicherlich nicht schlechter ist als die anderer Erwerbszweige. Und auch darin stimmen wir dem freikonservativen Blatte zu, daß es nicht mehr angängig ist, der großen Masse der verzehrenden Bevölkerung ihre Lebenshaltung, die im Durchschnitt wirklich nicht mehr üppig ist, neuerdings zu verteuern, und daß ein noch weiteres Steigen der Lebensmittelpreise sich zu einer schwer zu ertragenden Belastung für die kleinen Haushalte auswachsen würde. Den Hinweis gewisser hochagrarischer Kreise, die an den erhöhten Getreide-, Vieh- und Kartoffelpreisen bisher reichlich verdient haben, auf die gestiegenen Löhne der Arbeiterschaft fertigt die „Soziale Praxis" sehr treffend mit dem Bemerken ab, daß es sich bei den in der Kriegsindustrie besser Verdienenden nur um eine verhältnismäßig dünne Schicht handelt, daß aber die große Masse der Arbeiterfamilien, deren Ernährer überdies zu Millionen im Felde stehen, und die Mehrheit der Angestellten sich mit weniger Geld als sonst einrichten muß, während die Preise für den Lebensbedarf um mindestens 50 Prozent gestiegen sind.

Es geht nicht mehr an, und auf diesen Standpunkt stellen sich im wesentlichen in ihren gestern beschlossenen Verordnungen auch die Regierungen der deutschen Bundesstaaten, daß man die breiten Massen der verzehrenden Bevölkerung der Willkür der Produzenten und Händler preisgibt. Soll das deutsche Volk durchhalten bis zum Ende, dann kommt ebensoviel wie auf den Heldenmut unserer Streiter in der Front darauf an, daß die frohe und freudige Stimmung der Millionen hinter der Front nicht schwindet, die wahrlich auch ihr Teil zur Erringung des Sieges beitragen muß. So, wie es in der letzten Zeit war, konnte und durfte es nicht weitergehen, wenn nicht tiefe Erbitterung über die unberechtigten Preistreibereien gewisser Kreise Platz greifen und ein weiteres Durchhalten ernstlich gefährden sollte. Was man sich in diesen gekennzeichneten Kreisen erlaubt, dafür nur zwei Beispiele.

Einer Berliner Korrespondenz wird aus kaufmännischen Mittelstandskreisen geschrieben, die Händler könnten sich auf keinen Fall an die jetzt festgesetzten Höchstpreise für Petroleum halten, da sie teuer eingekauft und nun nicht so billig verkaufen könnten, wie die Höchstpreise es verlangen. Sie drohen mit der Zurückhaltung der Ware, bis das Publikum den von ihnen geforderten Preis zahlt, und dann heißt es wörtlich: „Wer von den Konsumenten den vom Kleinhandel notgedrungen zu fordernden höheren Preis für die teuer eingekauften Vorräte nicht anlegen kann oder will, braucht nicht zu kaufen." So verfährt man bei einem Produkt, bei dessen Einkauf man sich gründlich verspekuliert hat: der Konsument soll zahlen! Nun wird ja die neue Bundesratsverordnung, die mit schweren Strafen auch den erfaßt, der Vorräte an Heiz- und Leuchtstoffen in gewinnsüchtiger Absicht zurückhält oder vernichtet, bald Wandel schaffen. Um so bedauerlicher ist es, daß vor dem Erlaß dieser Verordnung der Reichskanzler dem Drängen gewisser Kreise anscheinend nachgegeben und sich bereit erklärt hat, Einzelfirmen und Einzelpersonen auf Antrag für den Verkauf genau zu bezeichnender Mengen von Petroleum Befreiung von Höchstpreisen zu bewilligen. Doch muß der Antragsteller den Beweis von der Gemeindebehörde beibringen, daß er bereits vor dem 1. August 1914 Handel mit Petroleum getrieben hat.

Und dann ein anderer, womöglich noch krasserer Fall. Mit Jammern und Barmen haben Milcherzeuger und Milchhändler in holder Eintracht die enorme Preiserhöhung für Milch damit begründet, daß sie sonst verhungern müßten. Kaum aber hatten sie die erhöhten Preise gefordert, da erschien im „Dresdener Anzeiger" folgendes Inserat:

Goldgrube!

Großdampfmolkerei
wegen Todesfalls billig zu verkaufen. Großer Verdienst buchlich nachweisbar. Off. erb. unt. W. O. 778 Invalidendank Dresden.

Es hieße seine Wirkung abschwächen, wollten wir diesem Dokument auch nur ein Wort hinzufügen. Die Beschlüsse des Bundesrats kamen zur rechten Zeit, und man darf nun erwarten, daß sie in ihrer ganzen Strenge gehandhabt werden, auch von den nachgeordneten Regierungsstellen und Kommunalbehörden, damit dem verbrecherischen Treiben endlich ein Ziel gesetzt wird, dem Volke, das unter diesem Kriege wahrlich genug an Lasten zu tragen hat, sein tägliches Brot zu vergällen und zu verteuern. Wir sind die letzten, die irgendeinem Stand, sei es Landwirt oder Händler, nicht einen anständigen Verdienst gönnen, aber es ist nicht angängig, daß man die Not der Zeit ausnutzt, um an den Groschen der Unbemittelten sich ungebührlich zu bereichern. Herrlich steht seit einem Jahre als leuchtendes Vorbild für unsere Feinde alle unser deutsches Volk da, und es wird auch in Zukunft nicht versagen; der häßliche Fleck aber, den die Vorgänge auf dem Gebiete des Lebensmittelwuchers auf seinem blanken Schilde erzeugten, muß verschwinden, sobald als möglich!

Die unerschütterte Isonzofront

Von unserem auf den südlichen Kriegsschauplatz entsandten Kriegsberichterstatter erhalten wir folgendes, vom Kriegspressequartier genehmigtes Telegramm:

Kriegspressequartier, 24. Juli 1915.

(z.) **Von der italienischen Front zurückgekehrte Offiziere erzählen über die dortigen Kämpfe, deren Heftigkeit denen bei Ypern und Arras gleichkommt, folgendes:**

Die Tätigkeit der Italiener ist geradezu fieberhaft und ihre artilleristischen Anstrengungen übertreffen sogar die bisherigen Rekordleistungen des Krieges. Der italienischen Schlachtleitung kann die Anerkennung nicht abgesprochen werden, daß sie alles getan hat, um durch unerhörte Massenverwendung von schwerer Artillerie die österreichischen Linien zu durchbrechen. Aber die italienischen Führer vergaßen einige wichtige Faktoren in die Rechnung einzusetzen, nämlich die unübertroffene Tapferkeit, die Feuerdisziplin, den Heldenmut und die unerschütterliche Widerstandskraft unserer Truppen. Jede andere Mannschaft, Deutsche ausgenommen, wäre längst demoralisiert und hätte fluchtartig die Stellungen geräumt. Unsere todesmutigen Soldaten ertragen alle Strapazen und erweisen sich so tapfer, daß auch die vermehrte Anstrengung der Italiener zu keinem Erfolge führte. Die Italiener glaubten, das Beispiel der Verbündeten anläßlich des Dunajec-Durchbruches bei Gorlice-Tarnow nachahmen zu können, doch scheiterte diese Absicht, weil die österreichisch-ungarische Infanterie in Angriff und Verteidigung unvergleichlich und den italienischen Angreifern wie seinerzeit den russischen Verteidigern überlegen ist. Wenn den Italienern irgendwo nach furchtbaren Verlusten ein kleiner Erfolg gelingt, so wird dieser durch sofortigen Gegenangriff wettgemacht. Trotz achtwöchiger schwerer Opfer sind die Italiener heute nicht weiter als in den ersten Kampftagen.

Die bevorstehenden Kämpfe im Osten

tu. **Kopenhagen,** 24. Juli. Nach einem Telegramm aus Petersburg beurteilen die Militärkreise die Kriegslage dahin, daß erst jetzt, nachdem die Festung Iwangorod in den Kampf gerückt wurde, die Entwicklung der Operationen auf der ausgedehnten Weichselfront zu erklären sei. Die strategischen Vorbereitungen müßten jetzt ihre Probe bestehen. Erst jetzt erhalte das russische Heer, nach Ansicht der Militärkritiker, die Möglichkeit, auch die Festungen Iwangorod und Nowo-Georgiewsk völlig auszunützen, die bisher stillagen. Die wichtigste Schlacht sei in Vorbereitung, eine Schlacht, die trotz Größe der beteiligten Truppenmassen nicht von langer Dauer sein kann. Die russischen Militärkritiker betrachten den Kriegsschauplatz zwischen Weichsel und Bug als ihre Arena, auf dem die Entscheidung des großen Feldzuges geschlagen wird.

wtb. **Kopenhagen,** 24. Juli. Nach einer Meldung der „Berlingske Tidende" aus Petersburg kennzeichnen militärische Autoritäten den Kriegsschauplatz zwischen Weichsel und Bug als die Arena, wo die den ganzen Krieg entscheidende Schlacht geschlagen werde. Sie erwarten außerordentlich blutige und langwierige Kämpfe auf der Front Ostrolenka—Iwangorod.

Nachforschungen nach vermißten französischen Soldaten

wtb. **Paris,** 24. Juli. „Petit Parisien" meldet: Angesichts der großen Zahl Anfragen nach vermißten Soldaten hat das Kriegsministerium neue Maßnahmen getroffen, um durch Untersuchung an der Front, in den Depots usw. genaue Angaben zu erhalten, die den Angehörigen Aufschluß über die Vermißten geben können.

Schlechte Bezahlung der Marseiller Hafenarbeiter

wtb. **Mailand,** 24. Juli. Nach dem „Avanti" kehrte die Kommission der Hafenarbeiter von Venedig, die sich nach Marseille begeben hatte, um zu untersuchen, ob dort Arbeitsgelegenheit für Venezianer vorhanden sei, unverrichteter Sache nach Venedig zurück. Sie erklärten, die Bezahlung der Marseiller Arbeiter sei schlecht, weil die deutschen Gefangenen die Arbeit tun müßten.

Das schamlose Verlangen Italiens

Im „Berl. Tagebl." schreibt Graf Monts über Italien, Tirol und Triest: Die Italiener wußten genau, was sie mit ihrem schamlosen Verlangen einer Grenzberichtigung nach der Sprachscheide wollten. Das Trentino war zu einer wirklichen Festung ausgebaut worden, die flankierend auf jede Annäherung auf Triest und den Isonzo wirkt, vor allem aber den alten deutschen Teilen von Südtirol unbedingten Schutz gewährt. Das Verbleiben dieser Festung beim Hause Oesterreich sei also ein wichtiges deutschnationales Interesse. Ebenso sichere das große verschanzte Lager um Triest Bayern gegen einen feindlichen Einbruch.

Wilsons Antwort auf die deutsche Note

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

⊙ **Berlin,** 24. Juli.

Ueber den Inhalt der neuesten amerikanischen „Lusitania"-Note werden uns noch folgende ausführliche Mitteilungen gemacht:

Die Note ist in durchaus korrektem Ton gehalten, sie vermeidet keine der überflüssigen internationalen Höflichkeiten, ist aber sonst recht bestimmt. Die amerikanische Regierung verschließt sich nicht den ganz außergewöhnlichen Umständen, die durch diesen Krieg und durch die Anwendung eines neuen Kriegsmittels, wie das Unterseeboot es darstellt, geschaffen worden sind. Diese Umstände sind naturgemäß bei der Festlegung der bisherigen internationalen Abkommen über die Führung des Seekrieges noch nicht in Rechnung gezogen worden. Amerika erklärt daher auch wiederholt seine Bereitwilligkeit, für die Freiheit der Meere einzutreten und in der Befolgung dieses Zieles gemeinsam mit uns zu arbeiten. Anderseits aber stellt sich Herr Wilson auf den Standpunkt, daß es Sache der Kriegführenden sei, ihre Rechte mit den Rechten der Neutralen in Einklang zu bringen; nicht aber sei es Sache der Neutralen, ihre feststehenden Rechte nach der Kriegführung zu wandeln. Dementsprechend werden die **von uns gemachten Vorschläge,** eine Anzahl von Schiffen unter amerikanischer Flagge fahren zu lassen und den Amerikanern die Verantwortung dafür zuzuschieben, daß diese Schiffe nichts transportieren, was das Leben amerikanischer Passagiere in Gefahr bringen könnte, **abgelehnt,** und es wird uns die Sorge wieder zugeschoben, Mittel zu finden, daß amerikanische Staatsbürger ohne Gefährdung ihres Lebens nach Europa gelangen können. Die Note bringt dann weiter eingehende und ausführliche Untersuchungen über das formelle Recht der Neutralen, daß die ihnen zustehenden internationalen Sicherungen durch die Kriegführenden gewissenhaft befolgt werden, und am Schlusse wird erklärt, daß Amerika es als eine vorsätzliche unfreundliche Aktion ansehen würde, wenn durch die neue Seekriegführung in Zukunft etwa wieder ein Schiff torpediert und dabei amerikanisches Leben zugrunde gehen würden.

Solange der authentische Wortlaut der Note noch nicht vorliegt, wird es auch gut sein, die Kritik noch zurückzustellen. Das aber glauben wir schon heute aus gutem Grunde sagen zu dürfen, daß auch die neueste Meinungsäußerung der amerikanischen Regierung uns nicht veranlassen kann, auf ein Kriegsmittel zu verzichten, das wir alleinhaben. In Ansehung der ganz erfreulichen bestimmten Haltung, die unsere Regierung gerade in der Unterseebootfrage und gerade Amerika gegenüber gezeigt hat, dürfen wir auch weiter das Vertrauen haben, daß wir die neue Kriegswaffe, durch deren Anwendung die ganze Meinungsverschiedenheit mit Amerika entstanden ist, nach wie vor so in Anwendung bringen werden, wie es die militärischen Interessen und das Vaterland erfordern. Damit braucht ja nicht gesagt zu werden, daß diese Waffe auch unbedingt die Neutralen treffen soll; aber die Neutralen nach Möglichkeit zu schonen, war ja schon in der Vergangenheit unser Bestreben und wird es auch in Zukunft sein. Gegenüber jenen aber, die trotz allem immer von neuem eine „Modifizierung" unseres Unterseebootskriegs in irgendeiner Form befürchten oder — erhoffen, können wir erfreulicherweise auf die Auskunft einer wohlunterrichteten Stelle verweisen, wonach sich kein Zeichen ergeben hat, aus dem zu schließen wäre, daß solche Befürchtungen oder Hoffnungen begründet wären. Endlich sei noch gesagt, daß die amerikanische Note nichts enthält, was den guten Willen der amerikanischen Regierung, die Diskussion noch weiter fortzusetzen, in Zweifel ziehen könnte.

SLUB
Wir führen Wissen.